

Bildungsthema 2004: „Sozialreform und Revolution“

1. Einleitung
 2. Willi Gerns: Zum Verhältnis von Reform und Revolution
 3. Anhang:
 - a. Marxistische Begriffsbestimmungen: Reform und Revolution
 - b. Die Positionen von Marx, Engels, Luxemburg und Lenin
 - c. Seminarhinweise
-

1. Einleitung

Das Thema betrifft das Grundverständnis der kommunistischen Partei. Marx, Engels, Lenin und Rosa Luxemburg entwickelten bei der Formierung der Partei und in Auseinandersetzung mit reformistischen Kräften in der Arbeiterbewegung Grundpositionen zum Verhältnis von Reform und Revolution, die auch für uns unverzichtbar sind.

Gerade in nichtrevolutionären Zeiten wie in der Gegenwart ist es für Kommunistinnen und Kommunisten unumgänglich, sich der Dialektik des Verhältnisses von Reform und Revolution bewusst zu sein. Daraus ergeben sich sowohl Folgerungen für die praktische Arbeit als auch die Programmatik der DKP.

„Reformen“ im Interesse des Kapitals

Die SPD-Bündnisgrüne-Bundesregierung verkauft die Agenda 2010 als Paket notwendiger Reformen. Reform bedeutet „Umgestaltung“, aber ebenso „Verbesserung des Bestehenden“, „Neuordnung“. Auch im Alltagsbewusstsein ist eine „Reform“ die Verbesserung oder Erneuerung eines bestehenden Zustandes.

Die „Reformen“ der Bundesregierung dienen allein dazu, durch Sozialabbau den „Standort Deutschland“ fit zu machen für die Kooperation und Konkurrenz der großen Monopole, Banken und Versicherungen auf dem Weltmarkt und – wie es in einem Strategiepapier aus dem Kanzleramt hieß – für die von der „Globalisierung ausgehenden Veränderungen“.

Nicht nur im sozialen Bereich erleben wir derzeit tatsächlich gravierende „Umgestaltungen“, die als „Verbesserungen“ des Bestehenden verkauft werden. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit vertieft sich. Massenarbeitslosigkeit, Armut und Ungerechtigkeit, Orientierungs- und Hoffnungslosigkeit, Angst vor Krieg prägen immer stärker auch die Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

Derzeit entstehen in vielen Bereichen – in Betrieben und Gewerkschaften, im kommunalen und sozialen Bereich - unterschiedliche Bewegungen, die Widerstand gegen die herrschende Politik organisieren. Gesucht und erprobt werden Orientierungen, Aktionsrichtungen und Kampfformen. Damit entsteht aber nicht automatisch Klassenbewusstsein, Einsicht in die Notwendigkeit grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen.

Die Rolle des Reformismus

1899 erschien Rosa Luxemburgs „**Sozialreform oder Revolution**“. Sie führte darin in der deutschen Sozialdemokratie die prinzipielle **Auseinandersetzung mit dem Reformismus**, der soziale Reformen der Revolution - dem qualitativen und damit grundlegenden Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse – entgegenstellte. Vor allem wandte sie sich gegen die Auffassungen Eduard Bernsteins. Bernstein wollte die Arbeiterbewegung auf die Bahnen des Trade-Unionismus (im Sinne von Nur-Gewerkschaftertum) drängen und damit objektiv die Selbständigkeit der deutschen Sozialdemokratie als Klassenorganisation des Proletariats aufheben.

Es ging um den Charakter und damit zugleich um die revolutionäre Strategie der Partei angesichts der politischen Herausforderungen, die durch gesellschaftliche Veränderungen entstanden (Übergang zur imperialistischen Entwicklungsphase des Kapitalismus). Dies betraf:

- Die unmittelbare praktische politische Folgerungen für die Organisation und Aktionen der Partei;
- Das strategische gesellschaftliche Ziel grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen;
- Die Formen des Übergangs zum Sozialismus.

Rosa Luxemburgs Position war die der klassenkämpferischen, der revolutionären deutschen Sozialdemokratie, vor allem von Karl Marx und Friedrich Engels. Schon im Kommunistischen Manifest sagten Marx und Engels von den Kommunisten, sie kämpfen „für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung“ (MEW Bd.4, S.492 bzw. MEAW (6) Bd.1, S.450).

Die Debatte um die Frage „Sozialreform oder Revolution“ prägte die Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung sowohl zwischen den Arbeiterparteien als auch in der Gewerkschaftsbewegung in allen sozialen sowie politischen Kämpfen des 20.Jahrhunderts. In der Sozialdemokratie setzte sich der rechte, sozialreformistische Flügel durch. Stand jedoch die Herrschaft des Kapitals auf der Kippe – wie in der Revolution von 1918/19 oder im Nachkriegsdeutschland nach 1945 – dann wurde von den selben Leuten behauptet, die „Sozialisierung marschiert“ oder der Sozialismus „ist Tagesaufgabe“.

Die historische Erfahrung zeigt: Ohne revolutionäre Veränderung der Besitz- und Machtverhältnisse war das nicht zu machen.

Mit der Niederlage des Sozialismus in Europa 1989/90 schien der Streit gegen Rosa Luxemburg, gegen die Revolutionäre, gegen den Marxismus zugunsten reformistischer Politik entschieden.

Reformistische Politik diente in der Vergangenheit

- zunehmend unmittelbar der Herrschaftssicherung des Kapitals, der Einbindung und „Ruhigstellung“ kapitalismuskritischer Protestpotenziale in den kapitalistischen Ländern über „Sozialpartnerschafts-“ und „Sozialstaatspolitik“;
- der Begründung von Rüstungs- und Kriegspolitik (1914 bzw. nach 1945 die Remilitarisierung in der BRD usw.);
- letztlich als notwendiger Bestandteil der Systemauseinandersetzung, des Kampfes gegen die Länder des Sozialismus (im Rahmen der Entspannungspolitik und des Helsinki-Prozesses usw.).

Obwohl der Kampf um Reformen teilweise auch der Sammlung gesellschaftlicher Kräfte für die Durchsetzung besserer Arbeits- sowie Lebensbedingungen und der Verteidigung des bereits Erreichten diente, wurde in der Konsequenz aber das kapitalistische System stabilisiert. „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz - und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort“ (DGB Grundsatzprogramm 1963).

Reformistische Politik hat also in der Vergangenheit ihre Aufgabe in der Klassen- und Systemauseinandersetzung im Interesse des Kapitals erfüllt. Sie wird heute nicht mehr – im früheren Umfang - gebraucht, ihre Vertreter haben auch keine neuen Konzepte.

Damit ist sie aber nicht automatisch verschwunden. Sie taucht überall dort auf – ohne neuen inhaltlichen Ansatz – wo es um die Einbindung von Betriebsbelegschaften und Gewerkschaften in die „Standortlogik“ des Kapitals, um die Verhinderung von Klassenorientierung, von Vernetzung von Widerstand oder wo es um eine systemkonforme Umorientierung des sozialen Protestes geht.

Gemeinsamen Widerstand und Alternativen entwickeln

Seit Monaten wird nicht nur in Gewerkschaften wie der IG Metall oder ver.di sowie in den sozialen Protestbewegungen über mögliche gesellschaftliche Perspektiven und Alternativen diskutiert. Aufgrund der immer deutlicher werdenden reaktionären Sozialpolitik der SPD-Bündnisgrünen-Regierung lösen sich viele der bisherigen Gewerkschaftsfunktionäre von ihrer bisherigen Einbindung in SPD-Politik.

Dies geschieht unter Bedingungen, unter denen Gewerkschaften, soziale Protestbewegungen u.a. derzeit Abwehrkämpfe führen und Wege suchen, die Organisationen und Bewegungen zu erhalten, zu stabilisieren und zu vernetzen. Neu ist, dass Gewerkschaften, soziale Protest-

bewegungen, Friedens- und Demokratiebewegung gemeinsam über Alternativen und Aktionen diskutieren. Dieser Prozess ist noch widerspruchsvoll.

Deutlich wird auch – über vielfältige Äußerungen und Aktivitäten –, dass die Unternehmerverbände und ihre politischen Vertreter in diesem Zusammenhang alles versuchen, den sozialen Protesten die Kraft zu nehmen. Im „Handelsblatt“ verlangte Chefredakteur Ziesemer von den Unternehmern nach den Aktionen vom 2. und 3. April die offene Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften.

Die Antworten, die Gewerkschaftsvertreter, soziale Protestbewegungen, Kommunisten, Linke verschiedener Orientierung u. a. heute auf die Forderung nach gesellschaftlichen Alternativen geben, sind verschiedenartig. Demzufolge unterscheiden sich die Folgerungen, welche Orientierungen und Kampfformen nötig sind:

- Es gibt auch in den Gewerkschaften, in den Bewegungen gegen Sozial- und Bildungsraub nach wie vor viele Verteidiger des „klassischen“ Reformismus, die der Auffassung sind, man müsse nur zu den Modellen von Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung sowie zur Bürgerbeteiligung früherer Jahrzehnte zurückkehren, dies wäre die Alternative zur gegenwärtigen Politik des Sozialabbaus. Dass es solch eine Gesellschaft unter kapitalistischen Bedingungen nie gegeben hat, dass viele Zugeständnisse nur unter Bedingungen der Systemkonkurrenz erkämpft werden konnten, ist unschwer nachzuweisen.
- Andere vertreten die Position, System überwindende Schritte seien nicht auf der Tagesordnung, aber auch die Durchsetzung kurzfristiger Reformen nicht – trotzdem müsse etwas getan und Alternativen entwickelt werden. Dabei werden basisdemokratische Vorstellungen formuliert und Lösungen, um Arbeitsplätze zu schaffen, Kaufkraft zu stärken, Mitbestimmung zu entwickeln. Dazu gehören auch linkskeynesianischen Vorschläge. Letztlich bleibt all dies noch der Logik des kapitalistischen gesellschaftlichen Systems verhaftet. Aber eine Reihe der Vorschläge geht an die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft.
- In der Debatte ist das gesamte Spektrum linker Positionen bis hin zur „unnachgiebigen“ Position vertreten, die Revolution wäre heute und unmittelbar die einzige Lösung.

Die Kräfte des Widerstandes gegen die Agenda 2010 und gegen Rüstung sowie Krieg sind noch viele Debatten davon entfernt, gemeinsame Zukunftsvorstellungen zu entwickeln, die über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse hinausreichen.

Die Einsicht, dass für Veränderungen gemeinsame Widerstandsaktionen nötig sind, ist Resultat eines Lern-, Erkenntnis- und Diskussionsprozesses.

Er ist letztlich nur zu erklären als eine Reaktion auf die gesellschaftlichen Erfahrungen der Beteiligten, die sie vor allem in den letzten 15 Jahren in der BRD gemacht haben. Auch die Staatsdoktrin Antikommunismus „zerbröselte“.

Selbst die Begriffe „Reform“ und „Revolution“ werden wieder im engen Zusammenhang mit der Erkenntnis eingebracht, dass gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind.

Und eben daran knüpfen wir Kommunistinnen und Kommunisten an.

Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten

- Wir kämpfen dafür, heute **Widerstand** zu leisten **gegen Sozialraub und Demokratieabbau** und um **Reformen im Interesse der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger** usw. zu erreichen. Die DKP wirkt mit Entschiedenheit für alles, was die Lage der Arbeitenden und Arbeitslosen, die Verteidigung politischer Handlungsspielräume und Grundrechte sowie ihre Erweiterung betrifft.
- Wir Kommunistinnen und Kommunisten arbeiten in Betrieben und Gewerkschaften an der Formierung von Gegenwehr. Es ist notwendig und möglich, dass Arbeiter, Angestellte, Beamte, deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen, sozialistisch, sozialdemokratisch und kommunistisch organisierte, parteilose und christlich orientierte Arbeiter zusammenwirken. Die Politik der **Aktionseinheit** ist von gesellschaftlich entscheidender Bedeutung. Dies ist das **wichtigste Feld politischer Aktivität**. Hier muss sich die DKP unmittelbar als Partei der Arbeiterklasse erweisen.
- Wir setzen uns dafür ein im Bündnis mit anderen fortschrittlichen politischen Kräften eine **breite außerparlamentarische Opposition** zu schaffen. Wir orientieren vor allem auf die Organisation von Widerstand in den Betrieben und durch die Gewerkschaften. Wir ar-

beiten mit daran, Bündnisse und Bewegungen zu organisieren, zu stabilisieren, Leute zu mobilisieren¹ und neue Kampfformen zu entwickeln.

- Wir bringen in diese Bewegungen **Klassenpositionen** ein und machen darauf aufmerksam, dass es letztlich darum geht, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundsätzlich zu verändern, wenn soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden durchgesetzt werden sollen. Unsere Aufgabe ist es, auf die Ursachen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation aufmerksam zu machen und auf historische Erfahrungen aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung.
- Wir wirken deshalb bei der **Sammlung von Kräften, die den Klassenwiderspruch in dieser Gesellschaft nicht ignorieren und auf Gegenwehr statt auf „Sozialpartnerschaft“ orientieren!**
- Uns geht es dabei nicht um die Ablehnung von Reformvorschlägen, sondern um die Unterstützung aller Kämpfe gegen den Abbau von Grundrechten und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, der Mehrheit der Menschen. Notwendig erscheint uns in diesem Zusammenhang aber auch die **Zurückweisung reformistischer Strategien zur Eindämmung der Protestbewegungen.**
- **Wir setzen gegen reformistische Illusionen sowie gegen Hoffnungslosigkeit und Resignation die Orientierung auf Klassenkampf und unsere Vorstellungen über eine gesellschaftliche Alternative, den Sozialismus.**

Schwerpunkte für die Durchführung des Bildungsthemas

Im Rahmen des Bildungsthemas sollten deshalb unter anderem die folgenden Fragen geklärt werden:

- Was sind die grundlegenden marxistischen Positionen zum Verhältnis von Sozialreform und Revolution?
- Wie fassen wir unter heutigen gesellschaftlichen Bedingungen das Verhältnis von Sozialreform und Revolution? - Welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Strategie und Taktik der DKP?
- Welche Möglichkeiten gibt es im konkreten Umfeld der Gruppe (im Kreis, im Land), unsere marxistischen Erkenntnisse und Sozialismusvorstellungen in die Zukunftsdebatten und Diskussionen um gesellschaftlicher Alternativen der Gewerkschaften und sozialen Protestbewegungen einzubringen?
 - Auf welche Schwerpunkte von Bewegung in Betrieben, in Gewerkschaften, in der Kommune setzen wir?
 - Welche Argumente sind zu entwickeln und welche Aktionen?

Hier sollte angeknüpft werden an das Bildungsthema „Kommunistische Aktionseinheits- und Bündnispolitik“: Welche gesellschaftlichen Voraussetzungen existieren heute in der Bundesrepublik für die Aktionseinheits- und für die Bündnispolitik?

- Welche Argumente entwickeln wir in den heutigen Auseinandersetzungen mit reformistischen Positionen in der Arbeiterbewegung?

★

Wir orientieren bei der Diskussion des Bildungsthemas vor allem darauf, den Entwurf der Politischen Erklärung zu nutzen. Zum Bildungsmaterial gehört ein Vortrag von Willi Gerns zum Thema. Im Anhang stellen wir (Definitionen, Klassikerpositionen) weiteres Material zur Unterstützung des Bildungsthemas zur Verfügung.

Es bietet sich an – soweit es möglich ist – in diesem Zusammenhang auch das Seminar an der Karl-Liebknecht-Schule „Der lange Marsch der SPD von Lassalle über Marx zu Hartz und Rürup“ (25.-26. September 2004) zu nutzen und

Im Rahmen des Bildungsthemas sollten vor allem die heutigen politischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Geschichte sowie unseren marxistischen Grundauffassungen zu diskutieren.

Otto Marx (KLS), Götz Loudwin (KLS), Nina Hager

2. Willi Gerns: Zum Verhältnis von Reform und Revolution¹

Wenn man heute über das Verhältnis von Reform und Revolution spricht, ist es unumgänglich, sich zunächst noch einmal in aller Kürze darüber zu verständigen, was unter diesen Begriffen zu verstehen ist. Haben wir es gegenwärtig doch mit einer Begriffsverwirrung und einem demagogischen Missbrauch dieser Begriffe zu tun, der nicht mehr zu übertreffen ist. Das gilt besonders für das Wort Reform, das im Sprachgebrauch der Bundesregierung, der etablierten Parteien, der Unternehmerverbände und der Medien zum Synonym für sozialen Kahlschlag und Demokratieabbau und damit für Antireform geworden ist.

Reform im eigentlichen Sinne – das kann man selbst in Lexika nachlesen, die in bürgerlichen Verlagen herausgegeben wurden - steht dagegen für Veränderungen die Verbesserung, 'Fortschritt' bedeuten. Dies allerdings als evolutionäre Veränderungen, die sich im Rahmen einer gegebenen Qualität bewegen und deren Grenzen nicht überspringen. In diesem Sinne wurden und werden von der Arbeiterbewegung unter Reformen Maßnahmen verstanden, die zur Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen der arbeitenden Menschen führen, jedoch im Rahmen des Kapitalismus verbleiben.

Schindluder wird von bürgerlichen Ideologen seit eh und je auch mit dem Begriff Revolution getrieben, indem dieser mit Bürgerkrieg, Blutvergießen und Anarchie gleichgesetzt wird. In Wirklichkeit bedeutet Revolution - im Unterschied zur Reform - das über die Schwelle der gegebenen Qualität Hinaustreten, die grundlegende Umwälzung des gegebenen Zustands, die Herausbildung einer neuen Qualität. Auf die Gesellschaft angewandt geht es um die Überwindung einer Gesellschaftsformation durch eine neue, höhere, heute um die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Ob sich diese Umwälzung auf relativ friedlichem Wege vollziehen kann oder mit Bürgerkrieg und Blutvergießen einhergeht, hängt~ von den konkreten Bedingungen ab, unter der sie sich vollzieht, vor allem von den gegebenen Kräfteverhältnissen, davon, ob der alten herrschenden Klasse die Möglichkeit verbleibt ihre Macht und Privilegien durch bewaffnete Gewalt zu verteidigen oder nicht. Wo sie diese Möglichkeit hat, wird sie diese skrupellos gegen das Volk einsetzen, davon zeugt die Geschichte unmissverständlich.

Kommen wir nach diesen Vorbemerkungen nun zum Kern unseres Themas, dem Verhältnis von Reform und Revolution. Diese Fragestellung ist nicht neu. Ihre unterschiedliche Beantwortung wurde bekanntlich zu einem der wesentlichen Gründe für die Spaltung der Arbeiterbewegung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel.

Allerdings scheiden sich an dieser Frage auch innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung immer wieder die Geister und dies *vor* allem auch in Zeiten wie der jetzigen, in denen - zumindest in unseren Breiten - die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft keine aktuell, anstehende Aufgabe ist. In einer solchen Situation besteht auf der einen Seite die Gefahr, den notwendigen langen Atem zu verlieren, die Mühen des Tageskampfes zu scheuen und sich auf ein abstraktes Propagieren des sozialistischen Zieles zurückzuziehen. Die Folge ist ein sich Abwenden von den arbeitenden Menschen und den unmittelbaren Anliegen, die sie bewegen, ein Abgleiten ins Sektierertum. Auf der anderen Seite kann die zeitliche Distanz zur Verwirklichung des sozialistischen Zieles dazu führen, dass dieses mehr und mehr in den Hintergrund des Denkens und Handelns tritt, dass die Tagesaufgaben und der Reformkampf vorn Ziel gelöst und mehr und mehr verabsolutiert werden. Die Folge ist ein Versinken in Reformismus und Opportunismus.

Gerade in nichtrevolutionären Zeiten ist es deshalb für uns Kommunisten unverzichtbar, uns immer wieder die Dialektik des marxistischen Verständnisses von Reform und Revolution vor Augen zu führen und zur Richtschnur sowohl unserer Programmatik wie unseres praktischen Handelns zu machen.

Bei den Auseinandersetzungen in der deutschen Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende brachte Rosa Luxemburg den Kern des Streits und die marxistische Position zum Verhältnis von Reform und Revolution auf den Punkt. In ihrer 1898 erschienenen Broschüre "Sozialreform oder Revolution" schreibt sie:

¹ Auszug aus einem Vortrag bei der DKP Ruhr-Westfalen, Dortmund, 13.3.2004

„Der Titel der vorliegenden Schrift kann auf den ersten Blick überraschen. Kann denn die Sozialdemokratie gegen die Sozialreform sein? Oder kann sie die soziale Revolution, die Umwälzung der bestehenden Ordnung, die ihr Endziel bildet, der Sozialreform entgegenstellen? Allerdings nicht. Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems hinzuwirken. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, indem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.

Eine Entgegensetzung dieser beiden Momente der Arbeiterbewegung finden wir erst in der Theorie von Ed. Bernstein, wie er sie in seinen Aufsätzen: ‚Probleme des Sozialismus‘, in der ‚Neuen Zeit‘ 1897/98 und namentlich in seinem Buche: ‚Voraussetzungen des Sozialismus‘ dargelegt, hat. Diese ganze Theorie läuft praktisch auf nichts anderes als auf den Rat hinaus, die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem Mittel des Klassenkampfes zu seinem Zwecke zu machen. Bernstein selbst hat am treffendsten und am schärfsten seine Ansichten formuliert, indem er schrieb: ‚Das Endziel, was es immer sei, ist mir Nichts, die Bewegung alles‘.

Da aber das sozialistische Endziel das einzige entscheidende Moment ist, das die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die ganze Arbeiterbewegung aus einer müßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf gegen diese Ordnung, um die Aufhebung dieser Ordnung verwandelt, so ist die Frage ‚Sozialreform oder Revolution?‘ im Bernsteinschen Sinne für die Sozialdemokratie zugleich die Frage: Sein oder Nichtsein? In der Auseinandersetzung mit Bernstein und seinen Anhängern handelt es sich in letzter Linie nicht um diese oder jene Kampfweise, nicht um diese oder jene Taktik, sondern um die ganze Existenz der sozialdemokratischen Bewegung.“

Ich habe Rosa Luxemburg so ausführlich zitiert, weil ich meine, dass diese Aussage - obwohl sie gut hundert Jahre alt ist - nach wie vor besonders treffend die Unterschiede zwischen einer revolutionären und einer reformistischen Position zusammenfasst...

In ähnlicher Weise wie Rosa Luxemburg hat auch Lenin die Dialektik von Reform und Revolution gesehen. Er betonte, dass Reformen im Kampf um das sozialistische Ziel eine wichtige Funktion erfüllen können, als "Stützpunkte der auf dem Wege zur vollen Emanzipation des Proletariats voranschreitenden Arbeiterbewegung (LW15, S.444), dass die Marxisten „jedwede Reformen“ nutzen, „um das revolutionäre Bewusstsein der Massen und den revolutionären Kampf der Massen zu entwickeln“ (LW20, S.511). Worauf es vor allem ankommt, und wodurch wir uns von Reformisten unterscheiden ist, dass wir im Kampf um Reformen niemals unser sozialistisches Ziel aus dem Auge verlieren. Darum beachten wir den Hinweis Lenins, dass, „wie der Teil dem Ganzen... der Kampf um Reformen dem revolutionären Kampf für Freiheit und Sozialismus“ eingeordnet werden muss. Ebenso übersehen wir nicht, dass - von reaktionären Antireformen einmal abgesehen, die nur Etikettenschwindel mit dem Begriff Reform betreiben und uneingeschränkt negativ zu sehen sind - jede wirkliche Reform in der kapitalistischen Gesellschaft einen doppelten Charakter hat (LW12, S.353). Sie kann sowohl die Lage und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse verbessern, als auch von den Herrschenden zur verstärkten Bindung der arbeitenden Menschen an das kapitalistische System genutzt werden. Welche dieser beiden Seiten stärker zum Tragen kommt, hängt dabei stets vor allem davon ab, ob es gelingt - wie Lenin sagt -, "die Massen in den selbständigen ökonomischen und politischen Massenkampf einzubeziehen, der allein den Arbeitern wirkliche Errungenschaften zu geben... vermag" (LW15, S.443).

Der Kampf um Reformen ist in der kapitalistischen Gesellschaft unverzichtbar zur Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse. In diesem Kampf können und müssen die Arbeiter sich ihrer Kraft bewusst werden, die Erfahrung sammeln, dass man organisiert und gemeinsam etwas erreichen kann. Zugleich können für die Masse der

Arbeiterklasse nur dabei die Grenzen des Kapitalismus und die Notwendigkeit sichtbar werden, diese zu überwinden. Dies geschieht allerdings nicht im Selbstlauf, sondern erfordert die bewussteinbildende Arbeit von uns Kommunisten, die allerdings nur dann Erfolge bringen kann, wenn wir in den Kämpfen um die konkreten tagtäglichen Anliegen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Gewerkschaften, der einfachen Menschen in den Kommunen besonders aktiv und selbstlos dabei sind.

Von diesen grundsätzlichen Positionen hat sich die DKP stets leiten lassen. In unserem 1978, beschlossenen Mannheimer Programm fassen wir unsere prinzipielle Haltung zum Kampf um Reformen in der folgenden Aussage zusammen:

„Einen bedeutenden Platz im Kampf der Arbeiterbewegung nimmt das Ringen um demokratische Reformen ein. Die DKP wirkt mit Entschiedenheit für alles, was der Verbesserung der Lage der Arbeitenden, der Erweiterung ihrer Rechte, der Vergrößerung ihres politischen Handlungsspielraums, der Schaffung von Möglichkeiten der Mitbestimmung und demokratischen Kontrolle dient. Sie betrachtet die Durchsetzung solcher Reformen durch das arbeitende Volk als wichtigen Bestandteil des Kampfes um die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Zugleich erblickt sie in ihnen eine Möglichkeit zur Verbesserung der Kampfbedingungen für weitergehende gesellschaftliche Umgestaltungen.“

Als diese weitergehenden gesellschaftlichen Umgestaltungen bestimmt das Mannheimer Programm tief greifende antimonopolistische Umwälzungen und unser sozialistisches Ziel.

In dem jetzt vom Parteivorstand in Vorbereitung unseres nächsten Parteitags zur Diskussion gestellten Entwurf einer politischen Erklärung der DKP heißt es zum Kampf um Reformen und seinem Verhältnis zu unserem sozialistischen Ziel:

„Es gilt, dem reaktionären Umbau der Gesellschaft eine Alternative entgegenzusetzen. In den Kämpfen gegen die menschenfeindliche Ideologie und Gesellschaftskonzeption der kapitalistischen Gesellschaft müssen die Kräfte gesammelt werden zur Durchsetzung fortschrittlicher Reformen, für eine Wende vom Abbau und der Zerschlagung sozialer und demokratischer Errungenschaften zu demokratischer, sozialer und ökologisch orientierter Politik“.

Weiter wird betont:

„Die DKP hält es für möglich und erstrebenswert, das im Ergebnis des Kampfes gegen das Großkapital grundlegende antimonopolistische und demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden können, die den Weg zum Sozialismus frei machen.

Aber all diese Maßnahmen wären nur erste Schritte zur grundlegenden und dauerhaften Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, zum Bruch mit den bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnissen. Die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Herrschaft dieses mächtigsten Teils der Bourgeoisie ist die entscheidende Voraussetzung für die Öffnung des Weges zum Sozialismus“.

Schon aus den zitierten Aussagen geht hervor, dass wir heute den Rahmen des Kampfes um Reformen weiter spannen, als dies zu Zeiten Rosa Luxemburgs, und Lenins der Fall war und der Fall sein konnte. Zu den herkömmlichen Reformaufgaben, wie der Durchsetzung konkreter Forderungen zur Verbesserung der Lebenslage und der Erweiterung der Rechte der arbeitenden Menschen sind qualitativ neue Aufgaben hinzugekommen. Es geht um ökologische Reformen, um Reformen, mit denen schon im Kapitalismus patriarchalische Strukturen zurückgedrängt werden und die Frauenbefreiung vorangebracht werden kann. Es geht darum; durch grundlegende antimonopolistische Reformen, wie eine echte Mitbestimmung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben sowie ihre demokratische Einflussnahme auf den staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus im nationalen Rahmen, wie im Rahmen der EU und anderer internationaler staatsmonopolistischer Institutionen, durch die demokratische Kontrolle der Entwicklung und Anwendung von Wissenschaft und Technik, die Vergesellschaftung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft sowie die Demokratisierung in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die Macht des Großkapitals einzuschränken und die Einflussnahme des Volkes zu erweitern.

Manches deutet darauf hin, dass bei entsprechenden Kräfteverhältnissen mit grundlegenden antimonopolistischen Reformen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft aufgebrochen und näher an die Schwelle der Systemüberwindung herangeführt werden kann, als das in

früheren Zeiten mit herkömmlichen Reformen möglich war. Wobei das Gewicht dieser Aussage auf den entsprechenden Kräfteverhältnissen liegt. Die Veränderung der Kräfteverhältnisse als entscheidende Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt wird auch im Entwurf der politischen Erklärung sowie in dem diesen begründenden Referat der Genossin Nina Hager auf der 6. Parteivorstandstagung nachdrücklich unterstrichen.

Ohne wesentliche Veränderungen in den Kräfteverhältnissen zu Gunsten der Arbeiterklasse ist - besonders nach der Niederlage des Sozialismus und den Veränderungen, die sich in jüngster Zeit im Imperialismus unter den Schlagworten Globalisierung und Neoliberalismus vollzogen haben - selbst eine Rückkehr zu Reformpolitik à la Brandt und Schiller kaum noch möglich. Dem stehen die weltwirtschaftlichen Verflechtungen und die Macht der transnationalen Konzerne ebenso entgegen wie die enorme Staatsverschuldung. Ganz abgesehen davon, dass mit dem Ende der Systemkonkurrenz auch der damit verbundene politische Reformdruck auf die Herrschenden weggefallen ist.

„Ohne Maßnahmen gegen die transnationalen Konzerne, gegen das Großkapital“ – so heißt es im Entwurf der politischen Erklärung – „wird eine Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentlichen Haushalte, von den entwickelten imperialistischen Staaten zu den Menschen, die in anderen Regionen Not leiden, nicht möglich sein.“

Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen heran.

Heute geht es zunächst um die Verteidigung des Erreichten. Schon das erfordert Veränderung der Kräfteverhältnisse, ein ganz anderes Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Arbeitslosen, der Rentner, aller von der sozialen Demontage Betroffenen als das gegenwärtig der Fall ist. Ohne diese Mobilisierung werden der soziale Kahlschlag und der Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten unvermindert weitergehen.

Angesichts der sich unter dem Begriff Globalisierung vollziehenden immer engeren wirtschaftlichen Verflechtungen muss diese Mobilisierung den nationalen Rahmen überschreiten. Dem internationalen solidarischen Zusammenwirken der „Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, der Bewegung gegen die imperialistische Globalisierung und anderer progressiver Bewegungen kommt ein immer größeres Gewicht zu...

Ist schon für die Verteidigung des Erreichten eine neue Qualität des Kampfes gefordert, so gilt dies natürlich erst recht für den Kampf um Reformen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und die Erweiterung ihrer demokratischen Rechte. Jeder Schritt nach vorn muss gegen erbitterte Widerstände der vereinigten Macht von Monopolkapital und Staat durchgesetzt werden. Nur wenn diese als Gegner erkannt und gegen sie der Hauptstoß geführt wird, nur wenn es gelingt, große Teile der Arbeiterklasse für diesen Kampf zu mobilisieren und möglichst viele andere Kräfte als Verbündete dafür zu gewinnen, kann der Kampf Erfolge bringen. Das macht es notwendig, die Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften mit progressiven Reformvorstellungen und grundsätzlicher Systemkritik, mit antimonopolistischen Alternativen und der sozialistischen Perspektive zu verbinden.

Wenn ich davon gesprochen habe, dass mit grundlegenden antimonopolistischen Reformen heute näher an die Schwelle der Systemüberwindung herangeführt werden kann als dies früher mit herkömmlichen sozialen und demokratischen Reformen möglich war, darf dies nicht missverstanden werden. Hier ist die Rede vom Heranführen an die Schwelle der Systemüberwindung und nicht von der Systemüberwindung selbst. Das über diese Schwelle Hinaustreten, d.h. die Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus erfordert unverzichtbar einen Bruch mit den alten Macht- und Eigentumsverhältnissen. Die politische Macht der Monopolbourgeoisie muss durch die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen, das kapitalistische Eigentum durch das gesellschaftliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln abgelöst werden. Wie sich dieser Bruch vollzieht, auf relativ friedlichem oder explosiv gewaltsamen Wege; ob sich die für den Bruch notwendige revolutionäre Energie auf einen oder mehrere Brüche verteilt; ob und wieweit der Umbruch in die neue Gesellschaft durch antimonopolistische Reformen vorbereitet werden kann - all das

wird ebenso wie die konkrete Ausgestaltung der neuen Macht- und Eigentumsverhältnisse von den dann gegebenen Bedingungen des Klassenkampfes und dem Wollen und Handeln derjenigen abhängen, die diesen Umbruch vollziehen.

An der Frage, ob der Übergang zum Sozialismus einen Bruch in den Macht- und Eigentumsverhältnissen erfordert, oder ob man mit Reformen allmählich in den Sozialismus hineinwachsen kann, haben sich zu Luxemburgs und Lenins Zeiten Revolutionäre von Reformisten geschieden, und hier ist auch heute die Scheidelinie. Nicht zuletzt hat sich an dieser Frage in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auch in unserer Partei die Auseinandersetzung zwischen der Parteimehrheit und der sich „Neuerer“ nennenden Parteiopposition vollzogen.

Von den DKP-Oppositionellen wurde ein Konzept des kontinuierlichen Voranschreitens zum Sozialismus durch Reformen ohne Brüche in den Macht- und Eigentumsverhältnissen vertreten. Besonders deutlich wurde dies in der unter Federführung des damaligen Präsidiumsmitglieds und Hamburger Bezirksvorsitzenden der DKP und späteren stellvertretenden Vorsitzenden der PDS, Wolfgang Gehrcke, formulierten Plattform unter dem nicht gerade bescheidenen Titel „Marxismus und moderne kommunistische Partei - Befreiungstheorie und Befreiungsbewegung“.

Darin hieß es unter anderem:

„In der Konzeption der Reformalternative führen durchgehaltene und schrittweise erweiterte demokratische Reformen zunächst zu einer anderen, für das Leben der Menschen günstigeren Entwicklungsrichtung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie öffnen zugleich die Tore für weitere Veränderungen. Im Durchschreiten dieser Tore werden die Formationsbedingten Ausbeutungs- und Unterdrückungsmerkmale zurückgedrängt, gleichzeitig wesentliche Elemente eines modernen Sozialismus herausgebildet. Das heißt, es wird der Weg des realen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus beschritten.“ Und weiter: „Was ist falsch an der Vorstellung, dass bestimmte wesentliche Strukturmerkmale des Kapitalismus durch demokratische Bewegungen erst etwas, dann mehr und schließlich soweit eingeschränkt werden, dass sie real nur noch eine untergeordnete Rolle spielen, während gleichzeitig durch demokratische Reformen Momente des Sozialismus zunächst nur wenig, dann mehr und schließlich so weit durchgesetzt werden, dass sie zu dominanten Momenten der Struktur und Entwicklung der Gesellschaft werden.“

Von einem notwendigen Bruch in den Macht- und Eigentumsverhältnissen ist keine Rede.

Es wäre jedoch eine Illusion - und zudem eine äußerst gefährliche - zu glauben, dass die kapitalistischen Besitzer der entscheidenden Produktionsmittel den arbeitenden Menschen ihre Eigentumstitel auf dem silbernen Tablett überreichen würden. Vielmehr wird sich ihr Widerstand gegen demokratische Reformen unvermeidlich in dem Maße verschärfen, wie diese tiefer in die Macht- und Eigentumsverhältnisse eingreifen. Dabei wird ein Punkt eintreten, wo der Reformprozess blockiert wird. Die Durchsetzung weitergehender Reformen erfordert dann eine neue Qualität des außerparlamentarischen Kampfes, veränderte Kräfteverhältnisse im Parlament bzw. die Herausbildung neuer Machtstrukturen des arbeitenden Volkes, neue Regierungskonstellationen, ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräfte, das es erlaubt die Bourgeoisie daran zu hindern mit blutiger Gewalt einen Bürgerkrieg anzuzetteln bzw. solche Versuche erfolgreich niederzuschlagen. Ein qualitativer Sprung in den Macht- und Eigentumsverhältnissen, d.h. eine revolutionäre Umwälzung wird notwendig.

In der Parteiauseinandersetzung Ende der 80er Jahre ging es ganz im Sinne dessen, was Rosa Luxemburg für die Auseinandersetzung mit Bernstein und seinen Anhängern formulierte, um Sein oder Nichtsein als revolutionäre Partei. Wir haben diese Auseinandersetzung bestanden und die DKP als revolutionäre marxistische Partei erhalten.

Selbstverständlich war das nicht, wie ein Blick auf das Schicksal der SED und vieler anderer Parteien zeigt.

In der seit 1990 vergangenen Zeit hat unsere Partei mit den „Thesen zur programmatischen Orientierung“, dem „Aktionsprogramm“, den „Sozialismusvorstellungen“ und dem Dokument „DKP -Partei der Arbeiterklasse“ Bedeutendes zur Aufarbeitung der neuen Kampfbedingungen geleistet. Wir wollen uns jetzt entsprechend dem Beschluss der letzten PV-Tagung² auf einer 1. Tagung des 17. Parteitags im Februar nächsten Jahres mit der „Politischen Erklärung der

² Gemeint ist die 6.Parteivorstandstagung im Februar 2004

DKP" auf neue Herausforderungen einstellen. Nach der jetzigen Planung werden wir dann auf einer 2. Tagung des Parteitags Ende nächsten oder Anfang übernächsten Jahres hoffentlich in der Lage sein, den Prozess der Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms erfolgreich zu Ende zu führen. Vieles wird darin anders sein müssen als im Programm von 1978.

Unverzichtbar aber bleibt neben vielem anderem - wie dem Festhalten am sozialistischen Ziel und seinen grundlegenden Merkmalen oder der Orientierung auf die Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft - auch unser prinzipielles dialektische Herangehen an das Verhältnis von Reform und Revolution im Sinne der zitierten Positionen von Luxemburg und Lenin.

3. Anhang:

a. Marxistische Begriffsbestimmungen: Reform und Revolution

Wir wollen uns in aller Kürze mit dem Inhalt des marxistischen **Begriff der Revolution** und mit dem **Reformbegriff** beschäftigen.

Revolution:

Der Begriff „Revolution“ ist aus dem lateinischen Wort „revolvere“ abgeleitet, was soviel wie „umdrehen“, „umwälzen“ bedeutet. Das daraus gebildete Substantiv **Revolution** hat eine lange Geschichte. Es diente im Laufe der Jahrhunderte zur Benennung recht unterschiedlicher Sachverhalte. Copernicus zum Beispiel nannte sein Hauptwerk, in welchem er die Anschauung, wonach nicht die Erde, sondern die Sonne den Mittelpunkt unseres Planetensystems bildet, wissenschaftlich begründete: „De revolutionibus orbium caelestium“ (Von der Umdrehung der Weltkörper).

Über die Verwendung des Revolutionsbegriffs in der Astronomie, wie in den Naturwissenschaften überhaupt, fand er in der Folgezeit zunehmend Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch. Bis ins 18. Jahrhundert hinein wurde er sowohl zur Kennzeichnung politischer Unruhen als auch persönlichen Unwohlseins verwendet, fehlte aber in Dokumenten großen gesellschaftlichen Umbruchs.

Erst die Epochenwende 1789 brachte den „modernen politischen“ Revolutionsbegriff hervor. Ebenso aber auch sein Gegenstück, den Begriff der Konterrevolution.

Auch in unserem heutigen Sprachgebrauch findet der Begriff „Revolution“ unterschiedliche Anwendung. Im Zusammenhang mit bestimmten grundsätzlich neuen Entwicklungen im System der Produktivkräfte sprechen wir beispielsweise von der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Alle Veränderungen, die mit dem **Revolutionsbegriff** in Beziehung gesetzt werden haben - so unterschiedlich sie auch sind - zwei wesentliche Eigenschaften gemeinsam:

1. handelt es sich um qualitative Veränderungen, das sind Veränderungen der wesentlichen Eigenschaften und Merkmale, und
2. geht es um Veränderungen, die Fortschritt bedeuten.

Der grundlegende Begriffsinhalt von „Revolution“ - qualitative Veränderung in Richtung Fortschritt - ist auch im Begriff der sozialen Revolution enthalten, mit dem wir uns im Rahmen des Bildungsthemas beschäftigen.

„Fortschritt“ wird dabei allgemein als Fortentwicklung gesehen. Hauptkriterium sind der Entwicklungsstand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Produktivkräfte, was Auswirkungen auf die Entwicklung in allen anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hat.

Je nach Klassenposition unterscheiden sich die Vorstellungen darüber, was gesellschaftlicher Fortschritt bedeutet.

Reform:

Reform bedeutet laut Duden „Umgestaltung“, „Verbesserung des Bestehenden“, „Neuordnung“.

Der Begriff der **Reform** erhielt mit der französischen Revolution eine veränderte Bedeutung. Im Unterschied zum früheren „reformatio“ erhielt nunmehr „Reform“ den Sinn von „Erneuerung“, aber als **evolutionäres Fortschreiten** gedeutet, das bewusst im Gegensatz zur Revolution gesetzt wurde. „Indem dem revolutionären Umbruch das organische Wachstum entgegengestellt wurde ... erhielt die Reform zugleich die Aufgabe zudiktiert, eine Revolution zu verhüten oder ihr zuvorzukommen“ (Manfred Kossok: In Tyrannos: Revolutionen der Weltgeschichte. Von den Hussiten bis zur Commune. Leipzig 1989.S.10).

Reformismus:

Der Begriff **Reformismus** kennzeichnet eine kleinbürgerlich-opportunistische Strömung in der Arbeiterbewegung, die sich beim Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus herausbildete. Der Reformismus lehnt den revolutionären Klassenkampf und die proletarische Revolution ab. Stattdessen wird die Auffassung vertreten, dass die Arbeiterklasse allein durch Reformen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft diese allmählich ändern könne und ein „friedliches“ Hineinwachsen in den Sozialismus möglich wäre. Orientiert wurde/wird allein auf den ökonomischen und parlamentarischen Kampf. (Opportunismus: Anpassung an die jeweilige Lage, Handeln nach „Zweckmäßigkeit“).

Revisionismus:

Der Begriff des **Revisionismus** kennzeichnet eine antimarxistische Strömung in der Arbeiterbewegung (siehe den folgenden Abschnitt b). Der Revisionismus ist die opportunistische Reaktion bestimmter kleinbürgerlicher bzw. kleinbürgerlich beeinflusster Schichten in der Arbeiterbewegung auf die Verschärfung des Klassenkampfes und/oder die neuen Bedingungen des Kampfes unter dem Druck und Einfluss der Monopolbourgeoisie und der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterklasse. Ziel des Revisionismus ist es, den revolutionären Inhalt des Marxismus zu negieren und durch bürgerliche Ideologie zu ersetzen.

Die Geschichte der Menschheit ist ihrem Hauptinhalt nach ein Prozess, den in erster Linie historisch-konkrete Klassenkräfte und deren geschichtliche Kämpfe - Klassenkämpfe - gestalten und vorantreiben.

Dabei gibt es im Laufe der Geschichte wechselndes Verhältnis von evolutionären und revolutionären, von quantitativen und qualitativen Veränderungen. Reform und Revolution sind als zwei Momente gesellschaftlicher Entwicklung und der Kämpfe um gesellschaftliche Veränderungen zu betrachten.

Jedoch nur der Begriff der „Revolution“ kennzeichnet den qualitativen und damit grundlegenden Umbruch.

Revolutionen sind Ausdruck radikalen Umbruchs, „Knotenpunkte“ der Weltgeschichte, lösen historisch überlebte Gesellschaftsformationen ab und bringen eine jeweils höhere gesellschaftliche Formation als neues geschichtliches Zentrum des Menschheitsfortschritts hervor.

Revolutionäre Epochen sind komplexe Erscheinungen, die die Gesellschaft in ihrer Ganzheit umwälzen. Weil das so ist, weil in den revolutionären Epochen die gesellschaftliche Entwicklung beschleunigt wird und die geschichtsgestaltende Kraft der Klassen und Volksmassen besonders deutlich zutage tritt, nannte Marx die Revolutionen „Lokomotiven der Geschichte“. (Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, S. 85).

Grundlegende Übergänge, die Ablösung der alten Gesellschaft, vollziehen sich in der Geschichte in Gestalt sozialer Revolutionen, die ihrerseits längere historische Zeiträume umfassen. Marx spricht deswegen von **Epochen sozialer Revolution.**

Damit umfassen **soziale Revolutionen** genau jene historischen Prozesse in der Menschheitsgeschichte, in denen der Klassenkampf um die Veränderung der Gesellschaft seinen Höhepunkt findet und in denen sich der geschichtliche Fortschritt Bahn bricht.

Revolutionäre Epochen bereiten sich zumeist in tiefen sozialen Krisenprozessen historisch überlebter Formationen vor, verwirklichen sich in erbitterten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen und führen zu grundlegenden Umwälzungen auf sozialökonomischem, politischem und geistig-

kulturellem Gebiet: Wenn die historischen Entwicklungsmöglichkeiten einer Gesellschaftsformation - vor allem im Hinblick auf die Produktivkräfte - erschöpft sind, dann wird der Übergang zu einer anderen, höheren Formation eine geschichtliche Notwendigkeit. Revolutionen haben ihre tiefste Ursache im Konflikt zwischen den sich entwickelnden Produktivkräften und den überlebten Produktionsverhältnissen, der im Rahmen der alten Formation nicht mehr gelöst werden kann.

Wer also von sozialer Revolution redet, der muss zugleich vom Klassenkampf, von der Entwicklung der Produktivkräfte, von Gesellschaftsformationen und Übergangsformen reden, weil das eine ohne das andere nicht zu verstehen ist.

b. Die Klassiker des Marxismus zum Verhältnis von Reform und Revolution

Die Diskussion um das Verhältnis von Reform und Revolution ist so alt wie die marxistisch orientierte Arbeiterbewegung. „Die Klassiker des Marxismus wandten sich daher ebenso entschieden gegen diejenigen, die das Ziel zugunsten von Forderungen des Tages zu opfern bereit waren, wie gegen diejenigen, die das Ziel verabsolutierten und die Unvermeidlichkeit von Durchgangsstadien leugneten“³.

Marx, Engels und Lenin sahen das Verhältnis von Reform und Revolution nicht als unvereinbare Gegensätze, sondern als zwei notwendige und miteinander verbundene Seiten eines Entwicklungsprozesses, **wobei der Kampf um Reformen allerdings dem revolutionären Ziel der grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft untergeordnet ist.**

Schon im Kommunistischen Manifest sagten Marx und Engels von den Kommunisten, sie kämpfen „für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung“⁴. Engels wandte sich andererseits nach der Pariser Kommune gegen die Naivität und Ungeduld derer, die glaubten, ihr subjektiver Wille reiche aus, um alle Zwischenstationen und Kompromisse zu überspringen:

„Die deutschen Kommunisten sind Kommunisten, weil sie durch alle Zwischenstationen und Kompromisse, die nicht von ihnen, sondern von der geschichtlichen Entwicklung geschaffen werden, das Endziel klar hindurchsehen: die Abschaffung von Klassen, die Errichtung einer Gesellschaft, worin kein Privateigentum an der Erde und an den Produktionsmitteln mehr existiert“⁵.

Die Kommunisten wurden im Kommunistischen Manifest aufgefordert, eigene Reformforderungen zu entwickeln bzw. die Reformen anderer progressiver, demokratischer Parteien zu unterstützen.

Während des preußischen Verfassungskonflikts 1864-1865 ergänzte Engels diesen Gedanken dahingehend, die Arbeiterklasse müsse auch dann für bürgerlich demokratische Rechte kämpfen, wenn das Besitzbürgertum diesen Kampf aus Furcht vor den Arbeitern preisgebe⁶. Selbst dann, meinte Engels, werde der

„Arbeiterpartei nichts übrig bleiben, als die von den Bürgern verratene Agitation für bürgerliche Freiheit, Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht trotz der Bürger fortzuführen. Ohne diese Freiheit kann sie selbst sich nicht frei bewegen; sie kämpft in diesem Kampf für ihr eigenes Lebenselement, für die Luft, die sie zum Atmen nötig hat“⁷.

Dabei sollte zu keinem Augenblick unterlassen werden – so Marx und Engels im „Manifest“ - „bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten“. Und:

³ Josef Schleifstein: Ziel, Inhalt und Formen des Kampfs der Arbeiterklasse. Aus: Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin. Abgedruckt in: Marxistische Blätter 5/1995, S.23

⁴ Vgl. MEW Bd.4, S.492

⁵ Vgl. MEW Bd.18, S.533

⁶ Vgl. Josef Schleifstein. A.a.O..S.24

⁷ Vgl. MEW Bd.16, S.77

„In allen Bewegungen heben sie (die Kommunisten) die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor“⁸.

Marx und Engels machten zugleich die Position der Kommunisten gegenüber dem „Bourgeois-Sozialismus“ deutlich, der „der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden“ sucht⁹.

An die Auffassungen von Marx und Engels anknüpfend, entwickelte Lenin die Strategie der Verbindung des demokratischen und sozialistischen Kampfes der Arbeiterklasse unter Bedingungen der Herausbildung des Imperialismus¹⁰.

Marx und Engels setzten sich mit dem rechten Opportunismus in der Arbeiterbewegung, vor allem der deutschen Sozialdemokratie auseinander. Der Kampf gegen den in der Partei existierenden rechten Opportunismus wurde dort nicht konsequent genug geführt. Marx und Engels sahen sich in einem Brief an Bebel, Bracke, W.Liebknecht u.a. 1879 (Zirkularbrief¹¹) veranlasst, aufgrund aktueller Auseinandersetzungen in der Partei (es ging u.a. um die Zustimmung eines Reichstagsabgeordneten der Partei zu den Bismarckschen Schutzzöllen und um die Ausrichtung der Zeitung der Partei unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes) auf die klassenmäßigen Ursachen und auf die politischen Folgen opportunistischer Bestrebungen in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands aufmerksam zu machen und an Grundsätze kommunistischen Parteiverständnisses zu erinnern.

Kleinbürgerliche Kräfte gewannen in der Arbeiterbewegung unter gesellschaftlichen Bedingungen des sich entwickelnden Kapitalismus, und aufgrund der konkreten Sozialstruktur und Interessenlage in der Arbeiterklasse und im Kleinbürgertum an Einfluss. Dieser Einfluss verstärkte sich am Ende des 19. Jahrhunderts, in der Phase des Übergangs zur imperialistischen Entwicklungsphase des Kapitalismus. Diese Kräfte suchten nach Möglichkeiten innerhalb der bestehenden Verhältnisse Veränderungen über Reformen zu realisieren. Sie entwickelten in diesem Zusammenhang besondere organisatorische Vorstellungen. Dem entsprach eine organisatorische Praxis, die sich mit der Eigenbezeichnung „Revisionismus“ als selbständige Strömungen gegenüber dem proletarisch-revolutionären Kampf des Proletariats formierte.

Bruno Schönlink, Chefredakteur der "Leipziger Volkszeitung", machte **1895** das Revisionismus-Problem erstmalig parteiöffentlich:

„Es geht eine Revision der Vorstellungsweise in der Partei vor, wir haben aufgehört, die Partei allein des Industrieproletariats zu sein...die Revision unserer Vorstellungen geht unaufhaltsam weiter, und der verbissene Fanatismus der Parteidogmatiker in der Partei fängt bereits an zu bröckeln.“¹²

Eduard Bernstein (1850-1932), mit dessen Positionen und die seiner Genossen sich Marx und Engels im erwähnten Zirkularbrief (1879) hauptsächlich auseinandersetzen und der als „Stammvater des Revisionismus“ in der Arbeiterbewegung bezeichnet wird, formulierte:

„Die Prognose, welche das "Kommunistische Manifest" der Entwicklung der modernen Gesellschaft stellte, war richtig, soweit sie die allgemeine Tendenz dieser Entwicklung kennzeichnete. Sie irrte aber in verschiedenen speziellen Forderungen, vor allem in der Abschätzung der Zeit, welche die Entwicklung in Anspruch nehmen würde...“

Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das "Manifest" schildert...

Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums wird nicht von einer zusammengeschrumpften Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer gewachsenen Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter"...

Politisch sehen wir das Privilegium der kapitalistischen Bourgeoisie in allen vorgeschrittenen Ländern Schritt für Schritt demokratischen Einrichtungen weichen. Unter

⁸ Ebenda, S.492 f.

⁹ Vgl. MEW Bd.4, S.489

¹⁰ Vgl. Josef Schleifstein. A.a.O. S.24

¹¹ Vgl. MEW Bd. 19, S. 150ff

¹² Parteitag der SPD, Breslau Protokoll S. 152 / nach: Helga Grebing: Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum Prager Frühling. München 1977, S. 15

den Einfluss dieser und getrieben von der sich immer kräftiger regenden Arbeiterbewegung hat eine gesellschaftliche Gegenaktion gegen die ausbeuterische Tendenz des Kapitals eingesetzt, die zwar heute noch sehr zaghaft und tastend vorgeht, aber doch da ist und immer mehr Gebiete des Wirtschaftslebens ihrem Einfluss unterzieht...

Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisiert werden, um so mehr verringern sich die Notwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen. Wer an der Theorie der Katastrophen festhält, muss die hier gezeichnete Entwicklung nach Möglichkeit bekämpfen und zu hemmen suchen, wie das die konsequenten Verfechter dieser Theorie übrigens früher auch getan haben. Heißt aber die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bloß die Eroberung dieser Macht durch eine politische Katastrophe?"¹³

Dagegen stand eine sich formierende revolutionäre Linke. Rosa Luxemburg sah sich 1898/99 genötigt, eine prinzipielle Polemik gegen Bernstein zu führen. Im Vorwort zu ihrer Schrift "Sozialreform oder Revolution" schrieb sie:

"Der Titel der vorliegenden Schrift kann auf den ersten Blick überraschen. Sozialreform oder Revolution? Kann denn die Sozialdemokratie gegen die Sozialreform sein? Oder kann sie die soziale Revolution, die Umwälzung der bestehenden Ordnung, die ihr Endziel bildet, der Sozialreform entgegenstellen? Allerdings nicht. Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang..."¹⁴.

Bernstein, der in Nachfolge von Vollmar in der Tradition des Richtungsstreits der SPD - nach Rosa Luxemburg - beide Momente entgegensetzte, formulierte (siehe Zitat), dass der Sozialismus allmählich durch soziale Reformen eingeführt werden könne. Diese Position findet sich ausgeprägt bei Karl Renner wieder, der in seinem in Stuttgart 1918 erschienenen Buch "Marxismus, Krieg und Internationale" beschrieb, wie ein solcher Übergang seines Erachtens erfolgen solle:

"Und deshalb ist es eine weitere Wahnvorstellung, die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat werde oder könne sich vollziehen durch ein plötzliches Umschlagen des Systems, durch einen politischen Handstreich der Massen oder einen Kopfsturz der Bourgeoisie.... In allen Werkstätten und Kaufläden, auf allen Märkten, in allen Ratsstuben der Gemeinden, Bezirke, Kreise und Länder, allüberall stehen tagtäglich Bourgeoisie und Proletariat gegenüber, in ständigem Klassenringen. Wenn man das Bild der heutigen Feldschlacht verwenden darf: Der ökonomische, soziale und politische Schützengraben läuft ideell durch jede Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft, und überall steht Macht gegen Macht. Niemals ist wahr, daß auf der einen Seite Allmacht, auf der anderen Seite Ohnmacht sei, und daß Ohn- und Allmacht einmal plötzlich ins Gegenteil umschlagen werden. Wahr ist vielmehr, daß die Frontlinie des Proletariats allmählich vorrückt, bald da, bald dort, daß sie zuweilen auch zurückschwankt, daß dennoch ihre Gesamtfrent unverkennbar und unaufhaltsam an Raum gewinnt. Und so mag es denn für die spätere Geschichtsschreibung vielleicht einmal schwer werden, den Tag oder das Jahr oder selbst das Jahrzehnt abzugrenzen, von dem aus das soziale Regime zu rechnen sei"¹⁵

Im Zusammenhang mit Bernstein hatte Rosa Luxemburg ihre Kritik an dieser Richtung der Sozialdemokratie in dieser Hinsicht bereits deutlich formuliert:

¹³ E. Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Eingeleitet von Dieter Schuster Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH Berlin – Bonn - Bad Godesberg 1973, 6. Auflage 1975, Nachdruck der 1921 erschienenen zweiten Auflage, S. 6f

¹⁴ R. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? In: R. Luxemburg. Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden. Bd. 1. A.a.O. S. 48

¹⁵ Karl Renner: Marxismus, Krieg und Internationale. Stuttgart 1918. S. 34f

"Diese ganze Theorie läuft praktisch auf nichts anderes als auf den Rat hinaus, die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt als ein Mittel des Klassenkampfes zu seinen Zwecken zu machen."¹⁶

Hermann Duncker schrieb 1925:

„Die deutsche Sozialdemokratie trat in die Jahre der Bernstein-Debatten noch als eine revolutionäre marxistische Partei ein...

Man übersah dabei das feste Band, das sich diese Reformisten bereits in den ‚Sozialistischen Monatsheften‘ gegeben hatten. Man übersah vor allem, wie die praktische Arbeit in der Arbeiterversicherung, vor dem Gewerbegericht und vor allem in der Genossenschafts- und Gewerkschaftsverwaltung einen Personenkörper für die reformistische Seele heranbildete. Die Steigerung der Quantität opportunistischer Entgleisungen und ausgesprochener Bernsteinerei mußte schließlich in die opportunistische Qualität umschlagen. Und so war 1914 aus der völkerbefreienden revolutionären Sozialdemokratie freilich jene kleinbürgerlich-demokratische Reformpartei geworden, die Bernstein schon 1899 propagiert hatte.

... Die Artikel Rosas sind eine Generalabrechnung mit jedem sozialen Reformismus...

...Sogar die Kinderkrankheiten des Linksradikalismus hat Rosa schon mit dem gleichen Ausdruck gekennzeichnet wie später Lenin, wenn sie von der Notwendigkeit spricht, daß die Sozialdemokratie ebenso die ‚anarchistischen Kindheitsmasern‘ wie auch die ‚opportunistische Wassersucht‘ überwinden müsse¹⁷“.

Zwischen Lenin und Rosa Luxemburg gab es in der Frage des Verhältnisses von Reform und Revolution keine Differenz.

Der Kampf um Reformen war für Lenin eingebettet in den Kampf für die sozialistische Umgestaltung. Er ist kein Selbstzweck, sondern dient der Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebenslage des Proletariats und der Erweiterung seiner Spielräume (siehe dazu auch den Beitrag von Willi Gerns). „Lenin weist darauf hin, dass von allen Strömungen der Arbeiterbewegung nur der Marxismus das Verhältnis von Reform und Revolution richtig bestimmt habe. Auch während des ersten Weltkrieges und danach fordert er, dass die Marxisten keineswegs auf den Kampf um Reformen verzichten dürfen; die Opportunisten wären nur froh, sagt er, wenn die Marxisten ihnen allein den Kampf um Reformen überließe“¹⁸.

c. Seminarhinweise

Ziel des Bildungsabends ist es:

- Die Teilnehmer mit marxistischen Auffassungen zum Verhältnis von Reform und Revolution, vor allem den Positionen von Marx, Engels, Lenin und Luxemburg bekannt zu machen bzw. das Wissen zu vertiefen;
- Die Einsicht zu vermitteln, unter welchen Bedingungen heute die Frage nach Reform und/oder Revolution neu steht und was die Hauptaufgaben in der gegenwärtigen Situation sind;
- Einsichten in gegenwärtige Diskussionsprozesse über gesellschaftliche Alternativen und die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit reformistischen Positionen zu vermitteln;
- Über die Aufgaben der DKP in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen und den Debatten über gesellschaftliche Alternativen zu diskutieren und
- Schlussfolgerungen für die eigene praktische politische Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften, in sozialen u.a. Protestbewegungen zu ziehen;

Die Diskussion sollte genutzt werden, um konkrete Vorschläge in der Parteidiskussion um die Politische Erklärung zu formulieren und zugleich die Debatte um programmatische Grundfragen zu befördern.

Wir bitten Euch, diese Vorschläge direkt an den Parteivorstand zu senden.

¹⁶ R.Luxemburg: Sozialreform oder Revolution. A.a.O. S.48

¹⁷ Aus: „Die Internationale“, Heft 12 (Jg. 8), vom 15. Dezember 1925

¹⁸ Vgl. Josef Schleichstein. A.a.O..S.24/25

Methodische Hinweise:

Die Problematik „Sozialreform und Revolution“ reicht bis hin zu Fragen der Übergangsformen und unseren Sozialismusvorstellungen. Deshalb ist es notwendig, auch dies im Rahmen des Bildungsthemas zu berücksichtigen.

Natürlich ist es unmöglich, unsere Aufgaben in den heutigen Kämpfen ohne die grundlegende strategische Orientierung der DKP auf die Notwendigkeit der sozialistischen Veränderung zu verstehen.

Trotzdem sollte die Diskussion vor allem im Hinblick auf die heutigen Auseinandersetzungen und im Zusammenhang mit den Orientierungen des Entwurfs der Politischen Erklärung geführt werden. Es sollten konkrete Schlussfolgerungen für die eigene Arbeit gezogen werden.

Zu überlegen wäre, inwieweit allen Genossinnen und Genossen vor dem Bildungsabend das gesamte Material zum Bildungsthema zur Verfügung gestellt werden sollte. Deshalb haben wir dieses Mal eine andere Gliederung vorgenommen.

Unser Bildungsmaterial ist für jene Teilnehmer, die Zugang zum Internet haben direkt zugänglich über die Adresse:

<http://www.dkp-online.de/marxbild/>

Termin:

Wir bitten Euch zu überlegen, ob Ihr Genossinnen oder Genossen zum Wochenend-Seminar an der Karl-Liebknecht-Schule „Der lange Marsch der SPD von Lassalle über Marx zu Hartz und Rürup“ (25.-26. September 2004) delegieren könnt.
